

Finanzbildung in Österreich: Wie Bankenlobbys die Schulen kapern

Attac-Analyse zu den Strategien der Finanzkonzerne und ihrer Lobbys

Zusammenfassung

Die Forderung nach „mehr Finanzbildung“ ist medial allgegenwärtig. Profitorientierte Banken und Finanzdienstleister drängen dabei immer stärker in die schulische Sphäre. Sie produzieren vermehrt Unterrichtsmaterialien und bieten außerschulische Angebote an. Darin stellen sie oftmals die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats infrage und propagieren private Vorsorgeprodukte. Gleichzeitig reden profitorientierte Akteure das Niveau der schulischen Wirtschaftsbildung – entgegen allen empirischen Befunden – schlecht. Sie nehmen bereits Einfluss auf den Lehrplan und lobbyieren für ein neues Unterrichtsfach Wirtschaft, dessen Inhalte sie mitprägen wollen. Auch auf universitärer Ebene steigt der Einfluss profitorientierter Akteure im Bereich Wirtschaftspädagogik.

Auf politischer Ebene fordert die OECD seit Jahren mehr Finanzkompetenz; Österreichs Regierung hat 2021 eine „nationale Finanzbildungsstrategie“ beschlossen. Präsentiert wurde sie nicht etwa vom Bildungsministerium, sondern vom Finanzministerium und dem Aufsichtsratschef der Erste Stiftung, Andreas Treichl. Ein erster Hinweis darauf, dass es dabei weniger um Bildung als um höhere Investitionsbereitschaft geht. Die Erste Bank ist im Rahmen der Finanzbildungsstrategie auch der reichweitenstärkste Akteur.

Gemein ist diesen Konzepten von Finanzbildung, dass sie stark auf individuelles Wissen oder Fehlverhalten (beim Sparen, bei Schulden oder Geldanlagen) fokussieren – und dabei die strukturellen Ursachen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme ausblenden. Die Verantwortung von Politik und Wirtschaft für Probleme wie Überschuldung, Alters- oder Frauenarmut wird damit auf bloße individuelle Entscheidungen verschoben.

Kinder und Jugendliche brauchen zweifelsohne Wissen über Geld und Wirtschaft. Doch eine umfassende Wirtschaftsbildung muss die Fähigkeit vermitteln, wirtschaftliches Handeln in soziale, politische und ökologische Kontexte einzubetten und Wirtschaft wie Gesellschaft demokratisch mitzugestalten.

Attac fordert:

- Keine profitorientierten Bildungsangebote in Schulen
- Kein Einfluss von profitorientierten Akteuren auf Bildungsinhalte
- Umfassende Wirtschaftsbildung statt individualisiertes Finanztraining
- Politische Lösungen statt Individualisierung – denn Armut und Überschuldung sind strukturelle Probleme

„Die Politik muss den wachsenden Einfluss profitorientierter Akteure auf unsere Schulbildung stoppen. Umfassende Wirtschaftsbildung muss kritische Reflexion und die Interessen der Allgemeinheit ins Zentrum stellen.“

Mario Taschwer, Attac Österreich

1. Finanzbildung als politisches Projekt

Finanzbildung ist ein politisches Projekt, das seit dem Jahr 2002 gezielt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorangetrieben wird. Damals startete das erste „Financial Education Project“ mit dem Ziel, private Haushalte auf Finanzmarktaktivitäten vorzubereiten. Als Reaktion auf die globale Finanzkrise 2008 gründete die OECD das „Internationale Netzwerk zur Finanzbildung“ (INFE). In dessen Zentrum stand die fragwürdige These, dass die mangelnde Finanzkompetenz der Bevölkerung zur Finanzkrise beigetragen habe und mehr Finanzwissen und besseres Verhalten Finanzkrisen in Zukunft verhindern könne.¹ Das INFE setzt heute globale Standards im Bereich Finanzbildung: Es umfasst über 300 Institutionen in mehr als 130 Ländern – von Zentralbanken über Finanzmarktbehörden bis hin zu Finanz- und Bildungsministerien. Seine Standards werden u. a. von den G20 und der EU akzeptiert.²

Im Jahr 2020 beschloss die OECD, dass all ihre Mitglieder nationale Finanzbildungsstrategien umsetzen sollen.

Vorgeschlagen wurde dies vom Ausschuss für Finanzmärkte und vom Ausschuss für Versicherungen und private Altersvorsorge. Individuen und vulnerable Gruppen sollen vermehrt selbst die finanziellen Risiken von prekären Einkommensverläufen und Klimarisiken tragen – denn öffentliche Haushalte seien belastet und Sicherungssysteme nicht zukunftsfähig: „Sie müssen daher die Auswirkungen dieser Risiken durch eine angemessene, vorausschauende persönliche Finanzplanung antizipieren und abmildern.“³ Als Reaktion darauf und in enger Abstimmung mit der OECD starteten eine Reihe von EU-Mitgliedsländern ihre nationalen Finanzbildungsstrategien: Neben Deutschland, Frankreich, Polen und Portugal auch Österreich.⁴

Der Ruf nach mehr Finanzbildung ist daher stark im Kommen – politisch wie medial. So ist etwa das Wort „Finanzbildung“ in den Protokollen des österreichischen Parlaments vor 2018 völlig inexistent, taucht zwischen 2020 und 2024 jedoch gleich 33-mal auf.⁵ Noch deutlicher hat die mediale Aufmerksamkeit zugenommen: Eine exemplarische Auswertung der Medientreffer in APA, APA OTS und ORF (ohne Print- und Onlinemedien) zeigt: Von 2016 bis 2025 haben sich die Meldungen von 25 auf 248 fast verzehnfacht.

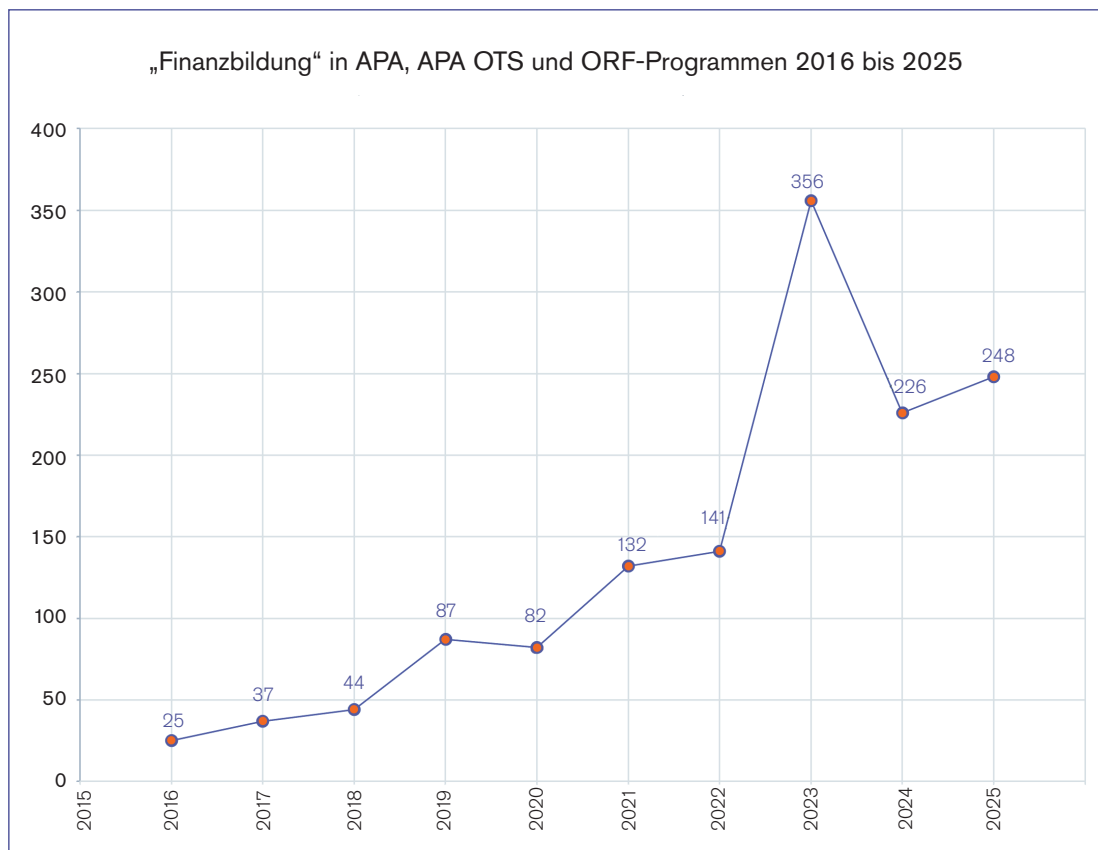


Abb. 1: Anzahl der Medientreffer zum Stichwort „Finanzbildung“ in APA, APA OTS und ORF von 2016 bis 2025

2. Die österreichische Finanzbildungsstrategie: Maßnahmen der Finanzindustrie dominieren

Am 1. März 2021 präsentierten Finanzminister Gernot Blümel und der Aufsichtsratschef der Erste Stiftung, Andreas Treichl, den OECD-Bericht zu „Finanzbildung“ in Österreich. Das Bildungsministerium spielte dabei keine Rolle.⁶ Im September 2021 wurde die Nationale Finanzbildungsstrategie präsentiert.⁷ Bei ihrer intransparenten Entstehung spielte der Finanzsektor eine wichtige Rolle.⁸ Ziel ist es, „*Bewusstsein, Finanzkompetenz und Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zu stärken*“. Organisationen können ihre Finanzbildungsangebote auf der Plattform „Finanznavi“ präsentieren – unabhängig davon, ob sie gemeinwohlorientiert oder profitorientiert arbeiten. Die Maßnahmen müssen zwar einen Verhaltenskodex erfüllen und Qualitätskriterien entsprechen – doch welche diese sind und wie die Aufnahme oder Ablehnung begründet ist, ist nicht ersichtlich.

Gewinnorientierte mit größter Reichweite

Eine Attac-Analyse von finanznavi.gv.at zeigt, dass Ende 2025 österreichweit 205 Finanzbildungsmaßnahmen eingemeldet wurden. Davon entfielen 74 Meldungen auf öffentliche Institutionen, 64 auf nicht-gewinnorientierte Organisationen und 67 auf Geschäftsbanken, Lobbys und andere gewinnorientierte Organisationen. Obwohl gewinnorientierte Organisationen 2025 nur ein Drittel der Maßnahmen anboten, erreichten sie laut verfügbaren Daten jedoch mit rund 69 000 Personen um rund 75 Prozent mehr Menschen als öffentliche Institutionen oder nicht-gewinnorientierte Organisationen (Abb. 2).

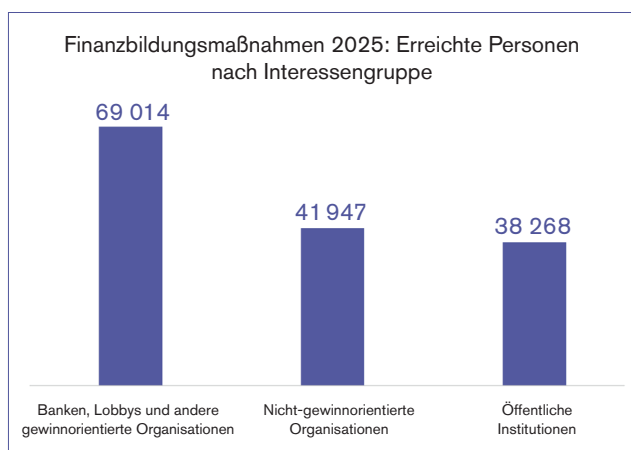


Abb. 2: Reichweite Finanzbildungsmaßnahmen 2025 (die Daten beziehen sich auf 2025; ein Angebot weist nur Zahlen für 2019 aus; für FLiP wird der Jahresdurchschnitt von 2016-2023 verwendet)

Erste Bank als größter Einzelplayer – kritische Inhalte unerwünscht

Die Attac-Analyse zeigt zudem, dass ein großer Teil der Reichweite auf wenige große Anbieter entfällt. Die Erste Bank ist mit geschätzt über 43 000 erreichten Teilnehmer*innen jährlich der größte Player – noch vor der österreichischen Nationalbank und der Schuldner*innenberatung. (Die Finanzbildungsangebote der Erste Bank Group bestehen bereits seit 2016 und haben laut eigenen Angaben seither sogar über 350 000 Jugendliche erreicht.⁹) Damit prägen Akteure aus dem Umfeld des Finanzsektors zunehmend die Finanzbildung in Österreich (Abb. 3).

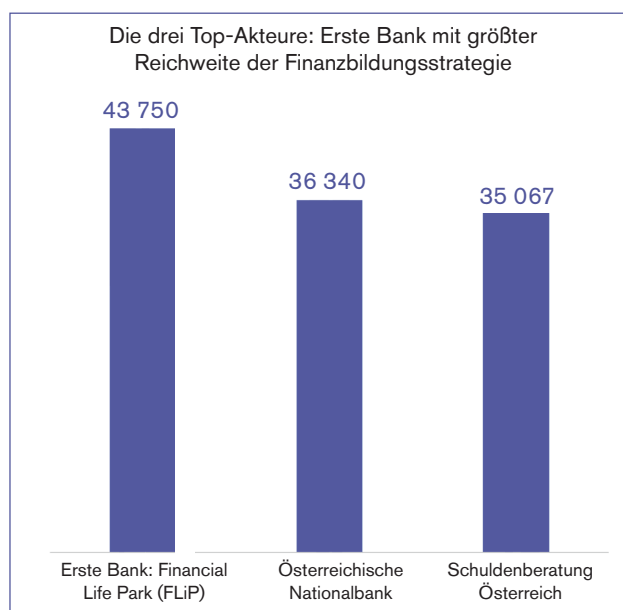


Abb. 3: Akteure mit der größten Reichweite (eigene Berechnung; für FLiP wird der Jahresdurchschnitt von 2016 bis 2023 verwendet).

Das Finanzministerium hat kein Problem damit, die eindimensionalen Perspektiven der Geschäftsbanken aufzunehmen – und gleichzeitig kritische Inhalte abzulehnen. So hat es im März 2026 ein seit Jahren erfolgreich durchgeführtes Attac-Planspiel für Schulen abgelehnt, das die Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und Alltagsleben auf spielerische Weise erfahrbar macht.¹⁰ Als Begründung wurde angeführt, dass das Planspiel „nicht den Verhaltenskodex der Nationalen Finanzbildungsstrategie“ erfülle. Attac wird die Entscheidung beeinspruchen, da diese gegen Leitsatz 1 der Strategie verstößt, wonach Finanzbildungsmaßnahmen u. a. multiperspektivisch und multiparadigmatisch sein müssen.¹¹

3. Profitorientierte Akteure und ihre Methoden

In und abseits der nationalen Finanzbildungsstrategie gibt zahlreiche profitorientierte Akteure im Bereich Finanzbildung. Banken, Versicherungen und Trading-Plattformen betreiben damit nicht nur Imagepflege, sondern zielen auf frühe Kund*innenbindung ab. Doch auch die Lehrpläne der Schulen, ja sogar die Struktur der Schulfächer selbst stehen im Fokus der Finanzlobbys. Im Folgenden ein paar Beispiele für ihre Strategien:

3.1. Werbung an Schulen: 90.000 „Geldgeschichten Booky“-Hefte

Im Herbst 2024 ließ die Bildungsdirektion der Stadt Wien 90.000 „Geldgeschichten Booky“-Hefte an alle Volksschulkinder verteilen. Das 20-seitige Heft enthält 24 Logos von Finanz- und Wirtschaftsunternehmen (darunter Bank Austria, BAWAG und Bankenverband) sowie QR-Codes zum Online-Marktplatz Shöpping.at – einem Sponsor des Heftes. Die beteiligten Geschäftsbanken nutzen das Material, um Kinder für ihre Produkte zu interessieren und langfristige Kund*innenbindung zu betreiben. Dazu zählt etwa ein von der BAWAG beworbenes digitales Taschengeldkonto. Damit verstößt das Heft gegen ein Rundschreiben des Bildungsministeriums:

„Das Bewerben sowie das Bewerbenlassen von Produkten oder Dienstleistungen im Unterricht stellt einen massiven Verstoß gegen § 46 Abs. 3 SchUG und – damit im Zusammenhang stehend – gegen § 1a UWG dar. (...) Niemals darf der Unterricht als Vorwand zum Präsentieren oder verdeckten Anpreisen von Produkten oder Dienstleistungen dienen. (...) Von dritter Seite zur Verfügung gestelltes Unterrichtsmaterial darf (...) keine Produktwerbung, Gutscheine, Gewinnspiele, direkte Aufforderungen zum Erwerb von Produkten oder Vergleichbares enthalten.“¹²

In einem Brief an die Bildungsdirektion kritisierten Attac, die Armutskonferenz und WIDE „gravierende rechtliche, pädagogische und fachliche Mängel“ und forderten die Rücknahme der Publikation.¹³

Die Tatsache, dass Unternehmen aus der Finanzbranche gezielt auf sechs- bis neunjährige Kinder Einfluss nehmen dürfen, ist in höchstem Maße bedenklich. Zudem sollten künftige Kooperationen mit

Banken und Versicherungen im Bereich schulischer Publikationen kritisch gehandhabt werden, um kommerzielle Einflussnahme zu vermeiden. Die Bildungsdirektion verteidigt die Kooperation als Beitrag zur Finanzbildung.

3.2. Lobbyismus für ein Schulfach „Finanzbildung“

Wirtschaftsverbände, Banken- und Finanzindustrie sowie ihnen nahestehende Stiftungen finanzieren seit Jahren Studien, die belegen sollen, wie finanziell ungebildet Jugendliche von den Schulen ins Leben entlassen werden. Sie kritisieren die aktuellen Schulfächer, diffamieren die Unterrichtsmaterialien als weltfremd und wirtschaftsfeindlich und äußern sich abschätzig über das Niveau der Lehrkräfte und deren Ausbildung.¹⁴ Erste Bank Chef Andreas Treichl bezeichnete bereits bei der Eröffnung des eigenen Finanzbildungszentrums (2016) die Finanzausbildung an österreichischen Schulen als „eine Katastrophe“ und die Kombination von Geografie und Wirtschaftskunde als „Beleidigung fürs Finanzwesen“.¹⁵

Ein Ziel dieser Akteure ist die Einführung eines eigenen Schulfachs „Wirtschaft“ oder „Finanzbildung“. Damit soll ein Verständnis von Finanzbildung etabliert werden, das vor allem auf individuelles Verhalten und Marktlogik ausgerichtet ist. Gleichzeitig würde sich damit die Ausbildung der Lehrkräfte weniger an sozioökonomischen Bildungsansätzen orientieren und stärker an wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten verlagern. Folgende Lobby-Institutionen setzen sich für ein eigenes Fach „Wirtschaft“ und/oder „Finanzbildung“ ein:

- Agenda Austria (finanziert von Banken, Konzernen und Privatstiftungen)
- Aktienforum (finanziert von börsennotierten Unternehmen sowie Banken und Finanzdienstleistern und Kapitalmarkt-Interessenvertretungen)
- Bankenverband
- Hayek Institut
- Industriellenvereinigung
- Raiffeisenverband¹⁶
- Stiftung für Wirtschaftsbildung (Gründungspartner*innen u. a. ERSTE Stiftung, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich)
- Wiener Börse
- Wirtschaftskammer Österreich/Wien
- Einzelne Geschäftsbanken, darunter auch die Erste Bank¹⁷

Insbesondere die Agenda Austria machte mit ihrem Bericht „Verbotenes Wissen“ Stimmung gegen das Schulfach „Geographie und wirtschaftliche Bildung“, die Lehrkräfte, ihre Ausbildung und die verwendeten Schulbücher.¹⁸ Die Fachdidakter*innen kritisierten den Bericht mit einer ausführlichen Replik und sprachen von intellektueller Schlichtheit, vernachlässigten Grundprinzipien der Ökonomik, mangelnder Faktentreue sowie tendenziöser einseitiger Analyse und Darstellung.¹⁹

Finanzwissen in Österreich: (Sehr) Gut im internationalen Vergleich

Die OECD hat eine zentrale Rolle bei der Quantifizierung von Bildung und führt aus diesem Grund eine Reihe internationaler Befragungen durch. Doch bei (durchaus kritikwürdigen) Wissenstests wie PISA bekommt die österreichische Finanzbildung ein gutes Zeugnis – ganz entgegen der medial ständig wiederholten Bestandsaufnahme durch profitorientierte Akteure. Demnach „liegt die Finanzkompetenz der österreichischen Schülerinnen und Schüler signifikant über dem OECD-Schnitt sowie auch über dem EU-Schnitt“²⁰.

Laut einer Studie der österreichischen Nationalbank aus dem Jahr 2024 liegen Österreichs Erwachsene bei der „Financial Literacy“ international sogar auf Platz zwei von vierzig – hinter Deutschland.²¹

Die guten Ergebnisse dieser Tests basieren auf dem Schulfach „Geografie und wirtschaftliche Bildung“.

3.3. Einfluss auf den Lehrplan für Geographie und wirtschaftliche Bildung

Die Überarbeitung des Unterstufen-Lehrplans für Geografie und wirtschaftliche Bildung ist ein Beispiel dafür, wie Lobbying für Finanzerziehung funktioniert. Bis 2023 wurde der Lehrplan von einer qualifizierten Lehrplangruppe an die heutige Zeit angepasst.²² Dabei gab es öffentliche Kritik und Stellungnahmen verschiedenster Akteur*innen. Der Entwurf für 2023 wurde jedoch nach Abschluss der Arbeiten der Lehrplangruppe im Bildungsministerium nochmals geändert. Ein Vergleich des ursprünglichen Entwurfs mit dem fertigen Lehrplan zeigt, dass neue Passagen Einzug gefunden haben.²³

Dazu zählt etwa die besondere Bedeutung der Auseinandersetzung mit Finanzentscheidungen oder der neu auftauchende Kompetenzbereich „Sparen, Finanzieren und Versichern.“

Die Wirtschaftskammer Österreich lobte offenerherzig ihre erfolgreichen Lobbyaktivitäten: „In den kundgemachten neuen Lehrplänen für die Sekundarstufe I wurden wichtige Verbesserungen erreicht: Finanz- und Wirtschaftsbildung, wirtschaftliche Zusammenhänge und unternehmerisches Denken finden nun, wie gefordert, mehr Platz – und zwar ausgewogen, objektiv und frei von ideologischen Färbungen.“²⁴

Auch die Wiener Börse lobte die „verstärkte Implementierung von Finanz- und Wirtschaftsthemen in den Lehrplänen“ als „wichtiger Schritt in die richtige Richtung“ und verwies auf ihre Materialien wie *börse4beginners*.²⁵ Dabei ist es sachlich nicht nachvollziehbar und problematisch, dass die Wirtschaftslobby Lehrpläne beeinflusst.

3.4. Lobbyismus an der Universität

2023 wurde an der Wirtschaftsuniversität Wien das „Kompetenzzentrum für Finanzbildung“ gegründet. Sein Ziel ist, die Ausbildung, Forschung und Lehre im Sinne der „Financial Literacy“ zu beeinflussen. Zu den Gründungs- und Projektpartner*innen des Zentrums gehören:

- Bank Austria
- Bankenverband
- Banking Education & Examination Centre
- Finanzmarktaufsicht
- Kreditschutzverband von 1870
- Mega Bildungsstiftung (initiiert von B & C Privatstiftung und Berndorf Privatstiftung)
- Österreichische Nationalbank
- Österreichischer Raiffeisenverband
- Verband Financial Planners
- Wirtschaftskammer Niederösterreich und Wirtschaftskammer Wien

Die Leiterin des Zentrums, Bettina Fuhrmann, plädiert ebenfalls für ein eigenes isoliertes Schulfach Wirtschaft.²⁶ Bezeichnend ist, dass der Online-Broker Trade Republic den empirischen Teil einer Studie Fuhrmanns finanzierte, die mit folgender Conclusio endet: „Besonders im Bereich der Wertpapiere könnte mehr Wissen vulnerable Gruppen dazu befähigen, langfristig die finanziellen Ziele Wertabsicherung und

Wertsteigerung zu erreichen. Um die gesamte Bevölkerung zu solchen gut informierten Entscheidungen zu befähigen, wäre aus unserer Sicht eine umfassende Finanzbildungskampagne zu begrüßen. Dabei legen unsere Ergebnisse nahe, sich hinsichtlich der Zielgruppe auf vulnerable Gruppen zu konzentrieren.“²⁷

Den Glauben, dass man am Kapitalmarkt viel mehr verlieren als gewinnen kann bezeichnet Fuhrmann als „komplett irrational“.²⁸ Diese enge Zusammenarbeit zeigt, wie stark so manche wirtschaftsdidaktische Forschung mit Akteuren aus der Finanzindustrie vernetzt ist.

3.5. Erste Bank: Werbung für private Pensionsprodukte

In dem auf finanznavi.gv.at angebotenen Unterrichtsmaterial „Finanzierung der Pensionen. Eine Herausforderung für die Zukunft?“²⁹ der Ersten Bank ist auf Seite 20 zu lesen: „Führen Sie mithilfe eines Pensionsrechners (z. B. mit dem Pensionsrechner der Erste Bank unter dem Link <https://rechner.spar-kasse.at/calc/PensionsGap/Home>) eine Bedarfsanalyse für die Pension von Lisa durch und beantworten Sie die untenstehenden Fragen.“

Unter dem Link lässt sich die eigene „Pensionslücke“ berechnen und unmittelbar Kontakt und Beratung durch die Erste Bank anfordern – ein weiteres Beispiel dafür, wie Bildungsangebote als Einstieg in Finanzprodukte dienen können.



4. Das Problem mit der „Financial Literacy“

Im Zentrum vieler Finanzbildungsstrategien steht der Begriff „Financial Literacy“ – also der „Finanzkompetenz“. Laut österreichischer Strategie ist Finanzbildung „eine Kombination aus finanziellem Bewusstsein, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die notwendig sind, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen und letztendlich individuelles finanzielles Wohlergehen zu erreichen und zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen.“

In dieser Definition steht also das individuelle Verhalten im Mittelpunkt: sparen, investieren, vorsorgen – und damit die Wirtschaft wachsen lassen. „Financial Literacy“ verfolgt somit einen ökonomistischen Erziehungsansatz, der auf die Anpassung des Einzelnen an vorgegebene Strukturen abzielt. Ein derartiges Finanztraining erfüllt zwei problematische Funktionen:

1. Es dient profitorientierten Akteuren dazu, neue Konsument*innenkreise für ihre Finanzprodukte zu erschließen. Gebühren und Provisionen erhöhen zwar ihre Profite, aber zugleich auch individuelle Risiken – Stichwort Finanzkrisen. Problematische Verteilungseffekte der Finanzmärkte werden nicht thematisiert, volkswirtschaftliche Einordnungen fehlen. Zudem werden solidarische öffentliche Sicherungssysteme diskreditiert, um private profitorientierte Vorsorge attraktiver erscheinen zu lassen.
2. Es dient der Politik dazu, gesellschaftliche Probleme auf Individuen abzuwälzen und erfüllt damit eine wesentliche Funktion für neoliberale Politik. Strukturelle Fragen – etwa Macht von Konzernen, Vermögensungleichheit oder Regulierung der Finanzmärkte – treten in den Hintergrund. Kritik und Möglichkeiten zur Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (wie zu geringe Löhne, unbezahlte Care-Arbeit, unsichere Jobs und aggressive Geschäftspraktiken) werden kaum thematisiert.

Beispiel Frauen und Altersarmut – Individualisierung eines strukturellen Problems

Frauen gelten in der Finanzbildungsdebatte häufig als „vulnerable Gruppe“ mit mangelnder Finanzkompetenz. Entsprechend gilt auch in der österreichischen Finanzbildungsstrategie die steigende Zahl von Menschen, die in Kapitalmärkte investieren oder eine private Vorsorge abschließen – insbesondere der Anteil von Frauen – als Erfolgsindikator.³⁰ Auch Banken und Finanzdienstleister argumentieren, Frauen müssten mehr investieren und stärker privat vorsorgen, um Altersarmut zu vermeiden. Damit verschiebt sich der Fokus auf individuelles (Fehl)-Verhalten.

So wurde beispielsweise in einem – mittlerweile entfernten – Video auf der Webseite StayFLiP! des Erste Financial Life Parks Altersarmut mit stigmatisierenden Symbolen (Plastiksackerl, Mikrowellen-Essen, Fabriks-Arbeit, Stricken gegen kalte Wohnung) dargestellt. Das Video gibt nicht nur prekäre Lebensumstände der Lächerlichkeit Preis, sondern vermittelt auch das Bild, dass Altersarmut vorrangig am persönlichen Umgang mit Geld liege.

Dass die niedrigeren Pensionen von Frauen darin begründet sind, dass sie im Durchschnitt weniger verdienen, häufiger Teilzeit arbeiten und den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen, fällt dabei unter den Tisch.

Überschuldung oder Altersarmut sind strukturelle Probleme, die wirtschaftspolitisch gelöst werden müssen – durch aktive Gleichstellungspolitik, starke soziale Sicherungssysteme, Verbraucher*innen-schutz und Finanzmarktregulierung.

5. Fazit: Kinder brauchen umfassende Wirtschaftsbildung – nicht Finanztraining

Kinder und Jugendliche brauchen zweifelsohne Wissen über Geld und Wirtschaft, das an den alltäglichen Fragen, Erfahrungen und Lebensrealitäten anknüpft. Pädagog*innen sollten thematisieren, dass sich Sichtweisen auf die Wirtschaft ergänzen oder ausschließen können und auf jeden Fall miteinander verglichen werden sollen. Nur durch kritische Auseinandersetzung können angeblich letztgültige Wahrheiten hinterfragt und neue Erkenntnisse erlangt werden. Doch wenn Geschäftsbanken Unterrichtsmaterialien erstellen oder „gratis“ Bildungsprogramme finanzieren, prägen ihre Profitinteressen und ihre Weltsicht auch Inhalte und Perspektiven.

Eine umfassende Wirtschaftsbildung geht weit über die Optimierung von individueller Finanzkompetenz und Investitionsentscheidungen hinaus. Sie zielt auf kritische Reflexion und Mündigkeit ab und hilft den Lernenden, ihre eigenen Interessen in der Welt zu verstehen und entsprechend zu handeln.

Umfassende Wirtschaftsbildung muss wirtschaftliche Zusammenhänge erklären und Machtstrukturen sichtbar machen.

Umfassende Wirtschaftsbildung fördert dabei Kooperation und kollektives Handeln zur Lösung wirtschaftlicher Probleme. Und sie befähigt Menschen dazu, Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch mitzugestalten.³¹

Forderungen

Attac fordert die Regierung dazu auf, die Rahmenbedingungen für eine umfassende und unabhängige Wirtschaftsbildung zu schaffen.

- **Keine profitorientierten Bildungsangebote in Schulen**

Das Werbeverbot an Schulen muss rigoros umgesetzt werden. Externe Angebote dürfen nicht in Verbindung mit der Finanzindustrie stehen. Lehrkräfte müssen in der Aus- und Weiterbildung für profitorientierte Einflussnahme auf Schulen sensibilisiert werden.³²

- **Kein Einfluss von profitorientierten Akteuren auf Bildungsinhalte**

Finanzkonzerne und Wirtschaftslobbys dürfen keinen Einfluss auf Lehrpläne oder Bildungsprogramme haben. Unterrichtsmaterialien sind von unabhängigen, plural zusammengesetzten Gremien aus Fachwissenschaftler*innen und Didaktiker*innen aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu entwickeln und müssen ein unabhängiges Prüfverfahren durchlaufen.

- **Umfassende Wirtschaftsbildung statt Finanztraining**

Bildung muss vermitteln, dass Wirtschaft demokratisch gestaltet werden kann – anstatt nur die Optimierung individueller Investitionsentscheidungen ins Zentrum zu rücken.

- **Armut und Überschuldung sind strukturelle Probleme und benötigen politische Lösungen statt Individualisierung**

Hinter Problemen wie Armut und Überschuldung stecken strukturelle gesellschaftliche Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, unbezahlte Care-Arbeit oder ausgehöhlte soziale Sicherungssysteme. Die Regierung muss diese Probleme politisch lösen, anstatt den Fokus auf individuelle Investitionsentscheidungen zu lenken.

Das Netzwerk „Wir alle machen Wirtschaft“

Im zivilgesellschaftlichen Netzwerk „Wir alle machen Wirtschaft“ setzen sich zahlreiche Akteure für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung ein. Dazu zählen die Arbeiterkammer Wien, Die Armutskonferenz, Attac Österreich, Fachgruppe Geographische und Sozioökonomische Bildung (GESÖB), das Netzwerk fair sorgen! – Wirtschaften fürs Leben, das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, GW-Verein für geographische und wirtschaftliche Bildung, JOAN ROBINSON – Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens und WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven.

Publikation: **Wir alle machen Wirtschaft. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung.** (Armutskonferenz, Attac, GESÖB, fair sorgen! Wien: Mandelbaum 2025)

Quellen und Literatur

1. Buschmann, Dovaine (2025): Österreichische Finanzbildungsstrategie im Kontext der internationalen Organisationen. In: Armutskonferenz et al. (Hg.): Wir alle machen Wirtschaft. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung, Mandelbaum Verlag: Wien, S. 29-39
2. [https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-sub-issues/financial-education/INFE%20brochure%202025%20\(1\).pdf](https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-sub-issues/financial-education/INFE%20brochure%202025%20(1).pdf)
3. <https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/OECD-LEGAL-0461>

4. <https://www.oecd.org/en/topics/sub-issues/financial-education/regional-projects-financial-consumer-protection-and-financial-education.html>
5. <https://www.momentum-institut.at/parlagram/>
6. <https://www.attac.at/news/details/bluemels-finanzbildung-attac-warnt-vor-verdeckter-werbung-im-interesse-der-banken>
7. <https://finanznavi.gv.at/media/581/download/Bericht%20Nationale%20Finanzbildungsstrategie.pdf?v=1&inline=0>
8. Hintermann, C., & Taschwer, M. T. (2024): Wir alle machen Wirtschaft – Netzwerk für zukunftsfähige Wirtschaftsbildung. – In: Kurswechsel: Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 1/2024, S. 60-67
9. <https://www.sparkasse.at/tirolersparkasse/presseaussendungen/2024/01/25/jugendstudie-2024>
10. <https://www.attac.at/ueber-attac/bildungsangebote/bling-planspiel-zu-finanzmarkt-gesellschaft>
11. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:22a142d8-7534-414a-8aa7-b676899a5e84/Verhaltenskodex%20der%20Nationalen%20Finanzbildungsstrategie_Mai%202025.pdf
12. <https://rundscreiben.bmbwf.gv.at/rundscreiben/?id=729>
13. https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/insights/Brief_BildungsdirektionWien_20241120.pdf
14. Für einen Überblick über die Lobby-Strategien siehe Zurstrassen, Bettina/Franke, Matthias (2025): Lobbying in der Wirtschafts- und Finanzbildung im Deutsch-österreichischen Vergleich. In: Armutskonferenz, Attac, GSÖB und fair sorgen! (Hrsg.): Wir alle machen Wirtschaft. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung. Wien, S. 19-28
15. <https://www.tt.com/artikel/12191122/treichl-finanzausbildung-an-oesterreichischen-schulen-katastrophe>
16. <https://raiffeisenzeitung.at/plaedoyer-fuer-mehr-finanzbildung-in-der-schule/>
17. <https://www.erstegroup.com/de/news-media/presseaussendungen/2021/10/28/finanzbildung-jugendliche>
18. <https://www.agenda-austria.at/publikationen/wirtschaftsbildung-verbotenes-wissen/kapitalismus-ist-bose/>
19. <https://geographie.univie.ac.at/datensammlungen/aktuelles-nachrichten/details/news/stellungnahme-zur-publikation-verbotenes-wissen-der-agenda-austria/>
20. <https://www.iqs.gv.at/pisa-2022-fi>
21. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2024/report-2024-13-financial-literacy-asfl/html-version-de.html>
22. <https://brutkasten.com/artikel/gw-lehrplan-interview-pichler>
23. https://gwb.schule.at/pluginfile.php/66922/mod_resource/content/2/GW_Lehrplan_Aenderung_Maerz2021_Jan2023.pdf
24. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230102_OTS0043/wkoe-kuehnel-neue-lehrplaene-geben-wirtschafts-und-finanzbildung-mehr-raum
25. <https://www.wienerborse.at/news/wiener-boerse-news/wiener-boerse-unterstuetzt-schulen-unterrichtsmaterial-finanzbildung/>
26. <https://www.derstandard.de/story/2000121126435/warum-es-ein-unterrichtsfach-wirtschaft-braucht>
27. <https://www.sws-rundschau.at/ausgaben/jahrgang-2025/heft-2#c2208>
28. <https://www.youtube.com/watch?v=62fuO7S1Juo&t=771s>
29. <https://www.financiallifepark.at/unterrichtsmaterial/pension-und-vorsorge/>
30. <https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:2e90cf98-06b2-44e4-ad08-cd85e00af7da/Bericht%20Nationale%20Finanzbildungsstrategie.pdf>
31. Fridrich, Christian (2025): Critical or Conformist Economic Education? Reflexivity Versus Functionality in the Conflict of Interests. Critical Education, 16(2), S. 94-112
32. <https://www.rosalux.de/publikation/id/42166/oekonomisierung-schulischer-bildung-1>, S. 48

Attac Insights - eine Publikation von Attac Österreich

Autor*innen: Mario Taschwer und David Walch
Lektorat & Layout: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger
Wien, April 2026

Rückfragen und Kontakt

David Walch
Pressesprecher
Attac Österreich

presse@attac.at
mobile: + 43 650 544 00 10
+ 43 1 544 00 10 10

Impressum:
Attac Österreich
Margaretenstraße 166/3/25
1050 Wien
www.attac.at